

04.03.2009

Klare Regelungen für CCS-Technik

Vorrang für Erneuerbare Energien statt CCS-Murks der Bundesregierung.

CCS - Hoffnung der Energiekonzerne auf eine Zukunft für die Kohle

Angesichts der fortschreitenden Klimaerwärmung und der damit verbundenen Gefahren gibt es national wie international von einigen Seiten große Erwartungen an die Entwicklung von Technologien zur CO₂-Abscheidung und Lagerung (Carbon capture and storage, CCS). Dabei wird das freiwerdende CO₂ aus dem Abgas größtenteils abgetrennt, komprimiert, transportiert und in unterirdische Lagerstätten verpresst. Dieses Verfahren wird insbesondere für große fossile Kraftwerke favorisiert. Die CCS Technologie ist auch in Deutschland nicht nur der Hoffnungsträger der Energiekonzerne, auch die Bundesregierung setzt massiv darauf und hofft allein durch die mögliche Option auf CCS die Kohleverstromung auch in Zeiten des Klimawandels über Jahrzehnte zu erhalten. Bislang allerdings ist dies nicht viel mehr als eine vage eine Hoffnung. Sicher ist aber heute schon, dass CCS nicht vor 2020 zur Verfügung stehen wird. Nach Einschätzung von Experten wird sich erst danach entscheiden, ob CCS im großtechnischen Maßstab in der Praxis eingesetzt werden kann.

Unsere Energiezukunft ist 100 Prozent erneuerbar

Selbst mit einer funktionierenden CCS-Technologie bleibt die Kohleverstromung eine stark gesundheits- und umweltschädliche Form der Stromerzeugung. Bei der Verbrennung oder Pyrolyse von Kohle werden trotz moderner Filteranlagen große Mengen an Luftschadstoffen freigesetzt, wie zum Beispiel Feinstäube und Schwermetalle. Der Bergbau schädigt die Umwelt und vernichtet wertvolle Lebens- und Naturräume. Durch Tagebaue verlieren Menschen ihre Heimat und für den Kohleabbau müssen Milliarden Kubikmeter Grundwasser aus den betroffenen Regionen gepumpt werden.

Für Bündnis 90/Die Grünen liegt die Zukunft der Energieversorgung zu 100 Prozent bei den Erneuerbaren! Auf dem Weg zu diesem Ziel braucht Deutschland keine neuen Kohlekraftwerke – weder mit noch ohne CCS. Im Gegenteil, eine Energiewirtschaft, die in erheblichem Umfang neue Kohlekraftwerke baut, hat keinerlei ökonomisches Interesse an Konkurrenz durch erneuerbare Energien und wird deren beschleunigten Ausbau verzögern und verhindern. Bedenklich ist auch, dass die hohen finanziellen Aufwendungen für die CCS Technologien zur Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien fehlen. CCS ist eine "End-of-Pipe-Technologie" und führt nicht zu einer dringend erforderlichen strukturellen Erneuerung der Energieversorgung. Keinesfalls darf die CCS-Technik deshalb den Ersatz fossiler durch erneuerbare Energien behindern.

Mehr offenen Fragen als Lösungen

CCS wirft eine Reihe von Fragen und Problemen auf, zu denen es bislang überhaupt keine oder nur unbefriedigende Antworten gibt. Diese Fragen müssen bei der Entwicklung und Erprobung der CCS-Technologie geklärt werden. Fragen, wie z.B. nach geeigneten Lagerstätten in Deutschland, nach der überhaupt nutzbaren Kapazität oder den Möglichkeiten einer sicheren Einlagerung und Überwachung sind völlig offen. Eine CO₂ Speicherung fordert außerdem eine immense Logistik. Pro Kraftwerk und Jahr müsste mit 1 bis 10 Millionen Tonnen CO₂ gerechnet werden, die in einen flüssigen Zustand versetzt und dann an die Lagerstätte gebracht werden müssen. Auch ist CO₂ in der hohen Konzentration, in der es bei der Abscheidung entsteht, für Menschen und Tiere ein tödliches Gift, was extrem hohe Anforderungen an Zwischenlagerung und Transport stellt. Die Abscheidung des CO₂ kostet auch

zusätzliche Energie, d. h. der Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken wird noch schlechter, als er ohnehin schon ist und der Kohleverbrauch wird weiter ansteigen.

Dennoch keine leichtfertige Ablehnung von CCS

Angesichts der immer alarmierenderen Vorhersagen über die Auswirkungen des Klimawandels wäre es leichtfertig, eine Technologie zur CO₂-Reduzierung von vornherein auszuschließen, auch wenn noch viele Fragen offen sind und sie das Problem nicht grundsätzlich behebt. Völlig offen ist auch, ob Staaten wie China und Indien ihren Anteil an den Klimaschutzanstrengungen leisten können und wollen, wenn ihnen diese Technologie nicht zur Verfügung stehen wird. Ebenso offen ist, ob sie überhaupt auf diese Technologie setzen wollen. Für uns ist aber klar, die Entwicklung und Erprobung der CCS-Technologie muss in erster Linie eine unternehmerische Entscheidung der Energieerzeuger sein, um künftig möglicherweise ihre Kosten für CO₂-Zertifikate senken zu können. Angesichts der Milliardengewinne durch die Einpreisung gratis erhaltener Zertifikate stehen den Energiekonzernen in erheblichem Umfang Mittel bereit, die sie für die CCS-Forschung ausgeben können. Finanzielle Aufwendungen für die CCS-Technik dürfen außerdem nicht zu Lasten der Forschung und des Ausbaus von erneuerbaren Energien gehen.

Lesen Sie weiter: Grüne Position: CCS nur in einem klarem Rechtsrahmen

Grüne Position: CCS nur in einem klarem Rechtsrahmen

Für Bündnis 90/Die Grünen muss ein klarer rechtlicher Ordnungsrahmen dafür sorgen, dass die gesellschaftlichen Interessen gegenüber den Interessen von Unternehmen zum Aufbau einer CCS-Infrastruktur angemessen gesichert werden. Nur so lässt sich sicherstellen, dass CCS nur dann zur Anwendung kommen kann, wenn die Risiken vertretbar, Fragen zur Langzeitsicherheit und zur Haftung ausreichend geklärt sind. Dazu gehört:

1. Moratorium für Kohlekraftwerke ohne CCS
2. Öffentliche Finanzierung von CCS-Forschung nur mit strengen Kriterien
3. Vollständige Übernahme der Kosten für Nachsorge und Risiko durch die Energiewirtschaft
4. Verbindliche Öffentlichkeitsbeteiligung und maximale Transparenz beim Verfahren statt Bergrecht
5. Keine CO₂-Einlagerung im Meer
6. Neben der Endlagerung muss auch der Transport des CO₂ klar geregelt werden / Trennung von Netz und Betrieb
7. Keine Beeinträchtigung von alternativen Nutzungen wie Geothermie
8. Einlagerung nur bei einer CO₂-Reinheit von mindestens 98 Prozent
9. Verpflichtende "Geruchskennzeichnung" zur Risikominimierung bei Handling und Transport

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur CCS-Technik leistet aber alles dies nicht. Im Gegenteil er hat mehrere zentrale Schwächen:

- **Die Haftungsfrage ist völlig unzureichend geregelt:** Die Energiekonzerne sollen lediglich ein Rücklage bilden, die aber in ihrer Obhut und unter ihrer Kontrolle verbleibt. 20 Jahre nach Schließung des CO₂ Lagers soll dann aber der Staat haften und die Unternehmen können die Rückstellung weitgehend auflösen. Angesichts der vielen offenen Fragen der CCS Technik ist dies fahrlässig. Wieder einmal sollen Gewinne privatisiert, die Risiken aber der Allgemeinheit aufgebürdet werden.
- **Wichtige Fragen sollen am Parlament vorbei entschieden werden.** Der Gesetzentwurf ist ein Torso. Alle wesentlichen sicherheitstechnischen und verfahrensmäßigen Belange sind nicht Bestandteil des Gesetzentwurfes, sondern sollen durch Verordnungen der Bundesregierung ohne

- parlamentarische Beteiligung geregelt werden.
- **Schnelligkeit auf Kosten der Gründlichkeit:** Das Gesetz ist ein Schnellschuss, der es den Konzernen erleichtert, an die CCS-Fördermittel der EU zu kommen. Die EU will zukünftig einen Teil der 300 Mio. Zertifikate aus der Neuanlagenreserve des Emissionshandels für CCS zur Verfügung stellen. Also je nach CO₂-Preis vermutlich mehrere Milliarden Euro. Dazu kommen weitere 1,9 Milliarden aus dem EU Konjunkturprogramm. Die ist vermutlich der Grund für die Eile, mit der das Gesetz jetzt durchgebracht werden soll.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist letztlich nichts weiter als die Grundlage für neue Subventionen für die Energiekonzerne.

Beschluss

CCS-Technik (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/273/273198@de.pdf>)

Fraktionsbeschluss: CCS-Technik
(<http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/273/273198@de.pdf>)